

Wir in Mitte.

Magazin der CDU für Mitte, Tiergarten, Moabit und Wedding

Ausgabe
August/September
2011



NEUES SPIELHALLENGESETZ MIT VERBESSERUNGSBEDARF

Carsten Spallek will mit strenger Auslegung weitere Spielhallen verhindern

BEZIRK DROHT WEITERE AUSWEITUNG DER PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG

Nur die CDU spricht sich klar dagegen aus

Liebe Leserinnen und Leser,



die CDU Mitte hat am 15. Juni unter Aufnahme vieler Anregungen und Hinweise von Bürgern ihr kommunales Wahlprogramm für die Wahlperiode 2011 – 2016 beschlossen.

Mit dem Beschluss über das kommunale Wahlprogramm macht die CDU in Mitte den Bürgerinnen und Bürgern unseres Bezirkes ein echtes Alternativangebot zu den linken Parteien SPD, Grüne und Die Linke, deren Forderungen im Wesentlichen beliebig austauschbar sind.

Wer sich die Mühe macht und in die Wahlprogramme der anderen Parteien schaut wird feststellen, dass dort das übliche „Politik-Sprech“ weiter zu finden ist – allgemeine Wohlfühlsätze, für jeden ist etwas dabei ohne „klare Kante“ zu zeigen. Im Gegensatz dazu formuliert die CDU die wesentlichen Probleme und Herausforderungen unseres Bezirkes und macht konkrete Handlungs- und Lösungsvorschläge.

An einigen wenigen Beispielen macht sich dies besonders deutlich:

Videoüberwachung – nur die CDU setzt sich für die Verlängerung der Speicherzeiten und eine Ausweitung auf sogenannte „gefährliche Orte“ ein.

Alkoholverbot im öffentlichen Nahverkehr – nur die Union tritt klipp und klar für eine konsequente Durchsetzung des Alkoholverbotes in Fahrzeugen und Bahnhöfen der BVG und S-Bahn ein.

Grillen im Tiergarten – nur die CDU setzt sich seit Jahren

konsequent für ein komplettes Grillverbot im Großen Tiergarten ein, damit die wöchentlichen Kosten für die Müllbeseitigung in sinnvolle Projekte gesteckt werden können.

Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung

– allein die CDU ist gegen die Abzocke von Autofahrern und eine Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen, nur um die leere Bezirkskasse zu füllen. Eine (verkehrspolitisch nicht notwendige) Ausweitung auf Bereiche zum Beispiel in Moabit (Zille-Siedlung) oder Wedding (Müllerstr.) lehnt die CDU ab.

Liebe Leserinnen und Leser, die CDU in Mitte hat eine gute inhaltliche Basis, um mit Ihnen ins Gespräch zu kommen und für die Ziele der Union zu werben. Nutzen Sie unsere zahlreichen Terminangebote, rufen Sie uns an oder schreiben Sie ein Email.

Herzliche Grüße,
Ihr

Carsten Spallek, stellv. Bezirksbürgermeister
Kandidat für das Amt des Bezirksbürgermeisters

*Wer sich für die komplette Fassung des Wahlprogramms interessiert, kann dies bei der Kreisgeschäftsstelle der CDU Mitte oder über das Internet (www.cdumitte.de) abrufen.

Kontakt

CDU Mitte

Tel.: 030/3952780

Fax: 030/39034144

Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de
im Internet: www.cdumitte.de



Weiter keine Besserung in der Wilhelmstraße

SPD und Grünen fehlt der politische Wille, den Anwohnern zu helfen

Die Anwohner des Bereichs Wilhelmstraße, die seit langem von der zweckentfremdenden Nutzung von Wohnraum in ihren Häusern belästigt werden, finden weiter kein Gehör bei SPD-Stadtrat Ephraim Gothe. Seinen vorläufigen Höhepunkt hatte die Diskussion in der Sitzung des Stadtentwicklungs-

Damit haben SPD und Grüne, die sich auf den Anwohner-versammlungen in der Wilhelmstraße immer ganz verständnisvoll geben, zum ersten Mal Farbe bekennen müssen. In der Sitzung wurde geäußert, ein solcher Antrag sei überflüssig. Auch bestehe aus Sicht des SPD-geführten Senats und

SPD und Grüne haben damit einmal mehr gezeigt, dass sie den Ernst der Lage in der Wilhelmstraße nicht verstehen oder nicht verstehen wollen. Die Anwohner vor Ort können genaue Auskünfte darüber erteilen, wie häufig eine deutliche Überbelegung der Ferienwohnungen erfolgt. Auch der Hinweis auf einen angeblich besseren Brandschutz in den Wohnhäusern geht völlig fehl, denn diese sind nicht darauf ausgelegt, eine derart hohe Anzahl von Personen, die sich in dem Haus zudem nicht auskennen, zu beherbergen.

Die CDU hat all dies in der Sitzung noch einmal vorgebracht.

Es wurde allerdings deutlich, dass SPD und Grünen der politische Wille fehlt, hier endlich tätig zu werden.

Es bleibt daher zu hoffen, dass sich die Mehrheitsverhältnisse in der BVV wie auch im Abgeordnetenhaus nach der Wahl am 18.09.2011 so verändern, dass den Anwohnern im Bereich der Wilhelmstraße endlich wirksame Hilfe zu Teil wird.



Ausblick in die Wilhelmstraße.

ausschusses der BVV Mitte Ende Juni 2011 gefunden. Mit den Stimmen von SPD und Grünen wurde der mit dem Beschluss der „Bürgerinitiative Wilhelmstraße“ inhaltlich übereinstimmende CDU-Antrag auf eine sofortige Umsetzung der Betriebsverordnung abgelehnt.

der SPD-geführten Bezirksbauverwaltung kein Problem beim Brandschutz. Vielmehr seien die Häuser im Bereich der Wilhelmstraße sicherer als entsprechende Hotels. Ferner seien die Ferienwohnungen aus ihrer Sicht nicht überbelegt und daher bestehe auch keine akute Gefahr.



Neues Spielhallengesetz mit Verbesserungsbedarf

Carsten Spallek will mit strenger Auslegung weitere Spielhallen in Mitte verhindern

Das Berliner Spielhallengesetz ist das erste und bislang einzige seiner Art in der Bundesrepublik. Bereits seit Anfang 2010 gab es dazu intensive Diskussionen, Debatten und Anträge in der BVV-Mitte, die nunmehr endlich in ein landeseigenes Spielhallengesetz mündeten. Hintergrund der Diskussion war die explosionsartige Ausbreitung der Spielhallen vor allem in Mitte und die Notwendigkeit der Regulierung. Allein 138 Spielhallen an 98 Standorten gab es zum Ende des Jahres 2010 in Mitte. Besonders betroffen sind die Ortsteile Gesundbrunnen, Moabit und Wedding (vgl. Abbildung). Doch leider ließ sich die rot-rote Regierungskoalition im Abgeordnetenhaus mit der Verabschiedung des Gesetzes Zeit – zu viel Zeit. Denn obwohl es bereits im August 2010 einen Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion dazu gab, wurde das Ge-

setz erst im Mai 2011 beschlossen. Deswegen musste allein das Gewerbeamt Mitte im Zeitraum August 2010 bis Februar 2011 von insgesamt 79 Anträgen auf Spielhallenkonzession noch 77 (!) genehmigen. Die Erhöhung der Vergnügungssteuer auf Geldspielautomaten hatte die rot-rote Regierungskoalition hingegen bereits zum 01.01.2011 in Gesetzesform gepackt. Bei frühzeitiger Verabschiedung hätten wir also heute weniger Spielhallen in Mitte haben können.

Seit dem 02.06.2011 gelten nunmehr neue, strengere Regeln. Insbesondere die Festlegung, dass künftig ein Mindestabstand zwischen zwei Spielhallen eingehalten

werden soll, wird die Ansiedlung weiterer Spielhallen erschweren. Aber bereits an dieser Stelle zeigen sich Mängel des rot-roten Gesetzes. Denn im Gesetzestext heißt es: Der Abstand zu weiteren Spielhallen „soll 500 Meter nicht unterschreiten“. Durch die Wahl des Begriffs „soll“ ist (im Gegensatz zu einer möglichen Formulierung „darf“) ein Schlupfloch für mögliche Ausnahmen geblieben. Außerdem ist unklar, ob die 500 Meter als „Luftlinie“ zu verstehen sind, oder als „gelaufene Meter“. Offene Fragen gibt es zudem bei der Formulierung, dass Spielhallen „nicht in räumlicher Nähe von Einrichtungen betrieben werden (dürfen), die ihrer Art nach oder tatsächlich vorwiegend von Kindern oder Jugendlichen aufgesucht werden“. Auch hier ist unklar, was „räumliche Nähe“ bedeutet. Direkte Nachbarschaft, 20 Meter Abstand, Sichtweite, 10 Minuten zu

Insbesondere in den Ortsteilen Gesundbrunnen, Moabit und Wedding befinden sich Spielhallen (hier jeweils mit 500m-Radius verzeichnet).



Fuß ...? Und was ist überhaupt mit den schwammig beschriebenen „Jugendeinrichtungen“ gemeint? Bei Kindergärten und Schulen dürfte es wenig Interpretationsspielraum geben.

Aber alles weitere (Spielplätze, Sportplätze, Büchereien, Parks ...) hängt von der Sicht des Betrachters ab. Eine Auflistung der infrage kommenden Einrichtungen hätte hier Rechtssicherheit geschaffen.

So bleibt es bei der Verwaltung, diese unklaren Formulierungen auszulegen. Für Carsten Spallek (CDU) hingegen ist eines klar: „Wir werden das Gesetz im Sinne der Bürgerinnen und Bürger weit auslegen und daher gehe ich davon aus, dass wir künftig einen sehr großen Teil der Anträge ablehnen werden. Auch wenn



©aboutpixel.de/Jan Schäfer

das bedeuten sollte, dass im Falle eines Widerspruchs der Ablehnung das Verwaltungsgericht eine Klärung herbeiführen muss.“

Stopp für den Bebauungsplan

Liepelt: Gothe vergeigt Schulheiss-Areal!

„Der Stopp des Bebauungsplanverfahrens sowie des damit zusammenhängenden Durchführungsvertrages für das Grundstück der ehem. „Schultheiss-Brauerei“ an der Moabiter Stromstraße ist eine schallende Ohrfeige für den zuständigen SPD-Stadtrat Gothe, aber auch für SPD-Bezirksbürgermeister Hanke“, erklärt der Vorsitzende der CDU-Moabit, Volker Liepelt, der auch Direktkandidat der CDU für das Abgeordnetenhaus für diesen Bereich ist. Dass keine der Parteien der bezirklichen Mehrheitskoalition aus SPD und Grünen der Vorlage im Stadtplanungsausschuss zugestimmt hat, so dass die Vorlage in der BVV abge-



(Abb.: Wikipedia)

setzt werden musste, kommt einem Misstrauensvotum gegen Gothe und Hanke aus den eigenen Reihen gleich.

Es ist zutiefst bedauerlich, dass das Bezirksamt den Gremien der BVV keine mehrheitsfähigen Vorlagen vorgelegt hat. Damit ist zunächst die Zukunft für ein Einzelhandelszentrum auf dem Schulheiss-Areal ungewiss und die erhoffte Signalwirkung für eine neue Attraktivität und Belebung der Turmstraße bleibt aus. Liepelt fordert daher die Verantwortlichen auf, die Planungsvorlagen mehrheitsfähig zu gestalten, damit die erhofften positiven Impulse durch eine Revitalisierung des Schulheiss-Areals nicht gänzlich verpuffen.



Wahlkreis 5

GERADE. RICHTIG.
FÜR WEDDING.



SVEN RISSMANN
WWW.SVEN-RISSMANN.DE

CDU

Wahlkreis 6

GERADE. RICHTIG.
FÜR DIE MITTE



KERSTIN NEUMANN
WWW.KERSTIN-NEUMANN.DE

CDU

Wahlkreis 1

ECHT. STARK.
Für Mitte



IRA RÜCKERT

CDU

Wahlkreis 4

Komm, lass uns handeln!



Volker Liepelt
... Politik mit Kopf und Herz.

CDU

Wahlkreis 3



Frank Henkel

CDU

Wahlkreis 2

GERADE. RICHTIG.



DOMINIQUE VOLLMAR
WWW.DOMINIQUE-VOLLMAR.DE

CDU

IMPRESSUM
WIR IN MITTE
Magazin der CDU für Mitte, Tiergarten, Moabit und Wedding
V.i.S.d.P.: Frank Henkel, Kreisvorsitzender

CDU Mitte, Levetzowstr. 10, 10555 Berlin

Redaktion: Magnus Jagla, Sebastian Pieper

Druck: Aktiva Kontierungsgesellschaft mbH, Auflage: 10.000 Stück

Mitarbeit: Hans Berg, Volker Liepelt, Florian Schwanhäuser,

Carsten Spallek, Dr. Hagen Streb, André Budick, Dr. Vinodh Kakkassery

Vervielfältigung und Veröffentlichung sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verfassers und der CDU Mitte gestattet. Die abgedruckten Bilder unterliegen, soweit nicht anders gekennzeichnet, entweder einer CC-Lizenz oder sind von privat zur Verwendung genehmigt. Titelseite: Berlin Partner/FTB-Werbefotografie; Karte Seite 6: Statistisches Landesamt Berlin, 2006

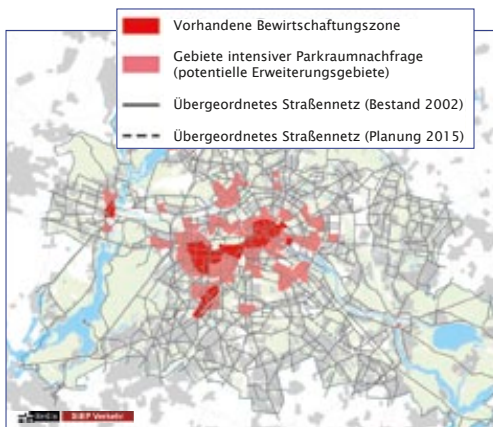


Bezirk droht weitere Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung

Nur die CDU spricht sich klar dagegen aus

„Damit sich was ändert.“ Mit diesem Slogan wirbt die Berliner CDU um Stimmen für die Wahlen am 18. September. Vieles in unserem Bezirk muss sich in der Tat ändern. Die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftungszonen zur Abzocke der Autofahrer gehört nicht dazu. Wer glaubt, dass dies nur Wahlkampfgetöse sei und die Ausweitung in weiter Ferne liegt, der täuscht sich. Das im Januar 2006 erstellte Gesamtkonzept zur Parkraumbewirtschaftung im Bezirk Mitte von Berlin sieht die Ausweitung auf weitere Bereiche vor. Betroffen sind zum Beispiel das südöstliche Moabit und das Umfeld des S-Bahnhofs Bellevue; zwischen Gotzkowskystraße, Turmstraße, Levetzowstraße und Kirchstraße. Hier wird eine Bewirtschaftung zu den üblichen Regelzeiten Mo–Fr 9–20 Uhr und Sa 9–18 Uhr mit einer Gebührenehöhe von 0,25 € je Viertelstunde empfohlen. Für die Parkzone zwischen Kirchstraße, Turmstraße/ Invalidenstraße, Humboldthafen und Spree werden unterschiedliche Bewirtschaftungszeiten und Gebühren empfohlen. Im westlichen Teil sollten die Regelungen wie im östlichen Moabit gelten (s. o.). Für das Umfeld des Hauptbahnhofs wird dagegen eine Bewirtschaftung Mo–Sa 9–22 Uhr mit Gebühren von 0,50 € je Viertelstunde empfohlen. Der von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung beschlossene Stadtentwicklungsplan „Verkehr – Konzept Parkraumbewirtschaftung Planung 2015“ (vgl. Abbildung) sieht darüber hinaus weitere potentielle Erweiterungsgebiete im Wedding rund um die gesamte Länge der Müllerstrasse – begrenzt von Westhafen bis zum U-Bhf. Osloer Str. vor.

In vielen der oben genannten Bereiche gibt es jedoch erwiesener Maßen keinen Parkraumdruck, der die Einführung von Parkraumbewirtschaftungszonen begründen könnte.



Das Bezirksamt äußerte erst vor kurzem, bis zum Ende der Wahlperiode keine weiteren Parkraumbewirtschaftungszonen ausweisen zu wollen. Dennoch, die vorbereitenden Maßnahmen laufen bereits – und die Wahlperiode ist im September zu Ende. Es soll sich also keiner beschweren, wenn im nächsten Jahr die Zonen ausgeweitet werden und dann für die Parkplätze vor der Tür, die man heute bereits hat, künftig auch noch die Gebühren für die Parkvigette fällig werden.

Nur die CDU hat sich klar gegen eine Ausweitung der Parkraumzonen ausgesprochen. Wer also gegen die Ausweitung ist, muss am 18. September CDU wählen!



Verleihung der Bezirksverdienstmedaille 2010



Die Bezirksverordnetenversammlung und das Bezirksamt Mitte von Berlin haben auch dieses Jahr wieder verdiente Bürgerinnen und Bürger, die sich in herausragender Weise ehrenamtlich um den Bezirk Mitte verdient gemacht haben, mit der Bezirksverdienstmedaille ausgezeichnet. Die Verleihung fand im Otto-Suhr-Saal des Neuen Stadthauses statt. Zu den Geehrten zählte auch Winfrid Lobermeier (71). Der gelernter Elektromonteur und heutige Rentner war 41 Jahre Mitarbeiter bei der BVG. Obwohl er im Ostteil unserer Stadt geboren wurde, kann er seit Jahrzehnten in der Weddin-

ger Koloniestrasse wohnende Lobermeier mit Fug und Recht als „Weddinger“ bezeichnet werden.

Winfrid Lobermeier wurde für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement ausgezeichnet. Seit mehr als 20 Jahren (01.06.1991) ist er Mitglied einer Sozialkommission und seit fast 15 Jahren (01.12.97) in der Funktion des Vorstehers tätig. Über die Geburtstags-ehrungen hinaus, die er all die Jahre zuverlässig und gewissenhaft durchgeführt hat, ist Winfrid Lobermeier tatsächlich ein Mittler zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern seines Kiezes und dem Bezirksamt. Er ist geduldiger Ansprechpartner besonders für die einkommensschwachen

Menschen in seinem Wohngebiet, unterstützt diese bei Behördengängen, Anträgen und Widerspruchsverfahren, organisiert Sachspenden und schenkt seine Zeit und Aufmerksamkeit den ratsuchenden, oft einsamen und betagten Nachbarinnen und Nachbarn. Nachdem die Buslinie in der oberen Koloniestrasse eingestellt wurde – wo sich Winfrid Lobermeier selbstverständlich auch (leider erfolglos) für den Erhalt einsetzte – und es im Zuge dessen für gesundheitlich eingeschränkte Nutzer der „Berliner Tafel“ sehr beschwerlich wurde, zur Ausgabestelle zu gelangen, organisierte Winfrid Lobermeier eine Lebensmittelverteilung in seiner Privatwohnung. Er sortiert dort einmal wöchentlich Lebensmittel der „Tafel“ und gibt sie an Bedürftige aus und erspart ihnen damit auch das oft anstrengende Anstehen an den Ausgabestellen. Darüber hinaus bringt Winfrid Lobermeier die Lebensmittel seinen Nachbarn bei Bedarf auch nach Hause.

Bis zum Tod seiner Frau vor ca. 2 Jahren engagierte sich Winfrid Lobermeier in der „Bürger- und Nachbarschaftsinitiative Obere Koloniestrasse“, initiierte Straßenfeste und trug



wesentlich zu einem Wir-Gefühl der Bewohnerschaft in diesem problembehafteten Wohngebiet bei. Winfrid Lobermeier ist Schatzmeister im Weddingener Heimatverein und war bzw. ist auch politisch im und für den Wedding tätig gewesen. Er war für die CDU Bürgerdeputierter, Bezirksverordneter und stellvertre-

tender Fraktionsvorsitzender in der BVV sowie für zwei Wahlperioden Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Im Ortsverband Panke der CDU war er jahrelang Vorsitzender und ist noch heute aktiv als Vorstandsmitglied der CDU Wedding tätig. Die Menschen, die Winfrid Lobermeier kennen, schätzen

seine verbindliche, ruhige aber bestimmte Art. Manch einer sagt ihm auch eine – im besten Sinne des Wortes – Hartnäckigkeit nach.

Mit der Verleihung der Bezirksverdienstmedaille wurde das außergewöhnliche Engagement eines außergewöhnlichen Menschen angemessen geehrt.

Verleihung des „Moabiter Weckers“ Bezirkspreis für ehrenamtliches Engagement



Am 16. Juni 2011 hat die CDU-Moabit in der Zunfthalle den Bürgerpreis „Moabiter Wecker“ für das Jahr 2011 verliehen. Dieser zeichnet Personen oder Initiativen für besonderes ehrenamtliches Engagement aus. Unter anderem CDU-Direktkandidat Volker Liepelt und der stellv. Bezirksbürgermeister Carsten Spallek überreichten den „Moabiter Wecker“ an die Preisträger: Initiative „Lange Nacht der Chöre“, Cantorei der Reformationskirche, „Mietergenossenschaft Unionplatz Tiergarten – MUT“, Projekt „Nachbarschaftscafé Martha & Maria“ der Diakoniegemeinschaft Bethania und als Einzelperson Andreas Klahn.



Kinder der Cosmopolitan-Schule sollen auf kurzem Weg zur Sporthalle gehen dürfen! – Aber Fahrradständer wird von der SPD blockiert.



„Fahrradfreundlich“? – Untragbar für Schüler und Anwohner (?)

Ein gemeinsamer Antrag von CDU, FDP und Grünen wurde im Juni in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte (BVV) gegen die Stimmen der SPD verabschiedet. Die Kinder der Cosmopolitan-Schule sollen künftig nicht mehr „außenrum“ über Rücker-, Mulack- und Gormannstraße zur Franz-Mett-Sporthalle gehen müssen, sondern einen direkten Weg durch die Höfe nehmen dürfen, einen Weg, der ihnen bisher von der SPD im Bezirk mit fadenscheinigen Argumenten verwehrt worden ist („die wollen sich ja nur die ganze Sporthalle unter den Nagel reißen“). Die schikanöse Haltung des Bezirkes gegenüber dieser

Schule zeigt sich auch an einem Schreiben

des Baustadtrates Gothe (SPD), der der Schule die Errichtung von Fahrradständern vor der Schule mit folgenden Gründen verweigert:

„Durch den Mangel an privaten Stellflächen und aufgrund des erheblichen allgemeinen Parkdrucks haben die Bewohner des Quartiers regelmäßig keine ausreichende Möglichkeit, ihre Fahrzeuge in fußläufiger und zumutbarer Entfernung von ihrer Wohnung abzustellen (...) Eine zusätzliche dauerhafte Verdrängung des ruhenden Verkehrs mit Fahrradbügeln in diesem Bereich

der Spandauer Vorstadt ist daher unverhältnismäßig und nicht zwingend erforderlich“. (Schreiben Stadtrat Gothe (SPD) an die Elternvertreter der Cosmopolitan Schule vom 9. Juni 2011).

Während sich die SPD andersorts gerne als fahrradfreundlich präsentiert, werden hier gerne mal andere Argumente vorgeschoben, wenn man einer Schule in freier Trägerschaft Steine in den Weg legen kann. Vielleicht sollte sich Herr Gothe mal mit dem § 226 im BGB beschäftigen:

§ 226

Schikaneverbot

„Die Ausübung eines Rechts ist unzulässig, wenn sie nur den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen.“



Die Schulleiterin der Cosmopolitan-Schule, Yvonne Wende, der Fraktionsvorsitzende in der BVV, Thorsten Reschke und Florian Schwanhäußler beim Sommerfest der Schule.



Die Tour geht weiter „Komm, lass uns reden – komm lass uns handeln !“

Volker Liepelt, der CDU-Kandidat für das Abgeordnetenhaus in Moabit und in Wedding-Süd, tourt weiter durch den Wahlkreis, zu Fuß oder auf dem Fahrrad.



Hier im Stephan-Kiez



oder auf dem Peking-Platz beim Start der Fahrradtour mit der Frauen-Union der CDU, zusammen u. a. mit der

Vorsitzenden Frau Leinitz-Mierzwa und Dominique Vollmar, Kandidat für Abgeordnetenhaus im Wahlkreis 2



und auf dem Telux-Spielplatz an der Luxemburger Str.



GERADE. RICHTIG.

BÜRGERMEISTER FÜR MITTE



Foto: studio ZIM - Barbara Bartsch

CARSTEN SPALLEK

WWW.CARSTEN-SPALLEK.DE

FÜR MITTE.

CDU

„Da aufräumen, wo Berlin nicht mehr funktioniert.“ Wahlkampfauftakt mit Frank Henkel und Volker Kauder



Auf dem Breitscheidplatz eröffnete die CDU Berlin mit Spitzenkandidat Frank Henkel und Unionsfraktionschef Volker Kauder offiziell den Wahlkampf. Bei der Wahl am 18. September gehe es um die Frage, ob Berlin endlich wieder eine Regierung erhalte, welche die Probleme der Stadt ernst nimmt und konsequent angeht, oder ob es weiter „ein Dahinwurschteln“ in der Politik gebe: „Unsere Stadt ist wunderbar, die derzeitige Regierung ist es nicht.“, so Henkel.

Sicherheit, Arbeitslosigkeit und Bildung seien die wichtigsten Problemfelder in der Stadt. „Ich will da

aufräumen, wo Berlin nicht mehr funktioniert. Ich stehe für null Toleranz gegenüber Verbrechen, Schmutz und Verwahrlosung.“, betonte Henkel. Integration sei eine „Schicksalsfrage für uns alle.“ Neben vielen positiven Beispielen dürfe man nicht die Augen vor den großen Problemen verschließen, insbesondere bei Arbeitslosigkeit, Schulabbrecherquoten und Kriminalität unter Migranten. Im Bereich Bildung hätten über 20 Rot-Rote Schulreformen „Schüler, Eltern und Lehrer überfordert und verunsichert. Unternehmen und Verbände beklagen, dass es an einfachsten Fähigkeiten fehlt.“ Die CDU wolle die wahren Probleme wie Unterrichts-

ausfall und Lehrermangel konsequent angehen, stünde gegen Schülerlotterie und JüL und bekenne sich klar zum Gymnasium.

Nach dem Spitzenkandidaten Frank Henkel sprach Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Kauder mahnte, dass von Berlin aus positive Signale in die ganze Republik ausgehen müssten. „Wowereit schafft das nicht. Dafür brauchen wir die CDU“, so Kauder. Als Regierender Bürgermeister dürfe man nicht nur Spaß haben und die „Probleme wegtanzen“, Engagement und Ernsthaftigkeit gehörten auch dazu. Nur mit einer starken CDU könne sich in Berlin etwas ändern.





CDU

Frank Henkel

Gesundheitsversorgung im Bezirk Mitte



© Hans Bernhard

Die Gesundheit ist über alle Gesellschaftsschichten hinweg ein hoch geschätztes Gut. Ausdruck findet dieses insbesondere in unserem allgemein finanzierten Gesundheitssystem. Neben der

finanziellen Regulierung ist ausreichendes ärztliches Personal eine wichtige Voraussetzung für ein funktionierendes Gesundheitswesen. Ein Mangel an Haus- und Fachärzten wäre fatal.

Unglücklicherweise spiegelt sich der allgemeine, europaweite Facharbeitermangel in der Berufsgruppe der Ärzte in Deutschland aus verschiedensten Gründen überproportional wieder. Die Bundesärztekammer, das Bundesgesundheitsministerium, Länder und Kommunen als auch verschiedene Medien weisen immer häufiger auf den bundesweiten Mangel an am-

bulant tätigen Haus- und Fachärzten anhand von Zahlen und Statistiken hin. Für viele Menschen bedeutet diese fehlende medizinische Versorgung ohne Heilung oder Linderung ein Leben zweiter Klasse mit tiefen Einschnitten in das Berufs- und Privatleben. Trotz aller Attraktivität der Stadt Berlin und auch des Bezirks Mitte werden Wartezeiten für Termine insbesondere bei Fachärzten immer länger.

Der CDU Mitte liegt die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger vom Bezirk Mitte am Herzen. Aus diesem Grund führen wir eine **Gesundheitsumfrage** durch. Wir möchten so nicht nur Zahlen zur Gesundheitsvorsorge vor Ort erheben, sondern auch die individuellen Sorgen und Bedürfnisse im Bezirk ermitteln. So wollen wir frühzeitig gestalten, bevor eine medizinische Unterversorgung entstehen kann. **Der Gesundheitsfragebogen ist online ausfüllbar unter www.cdu-dorotheenstadt.de.** Alternativ können Sie diesen auch über unsere CDU Kreisgeschäftsstelle Levetzowstr. 10, 10555 Berlin Tel.: 030-3952780 erhalten.

Herzliche Einladung zum traditionellen Moabiter HOF-Fest

am Sonnabend, d. 27. August,
ab 16 Uhr

in der Wicflefstr. 2
(bei Malermeister Straube)
10551 Berlin-Moabit

Musik und Gespräche mit vielen Gästen aus der Politik:
mit dabei sind u. a.

Frank Henkel

Spitzenkandidat der Berliner CDU,

Carsten Spallek

stv. Bezirksbürgermeister von Mitte

und **Volker Liepelt**,

Kandidat für das Abgeordnetenhaus
in Moabit und Wedding-Süd.



Neue Fremdenfeindlichkeit in Berlin?

„Hilfe, die Touris kommen!“ – unter dieser Überschrift hatten die Grünen in Kreuzberg im März begonnen, dumpf-fremdenfeindliche Stimmungen salonfähig zu machen.

Der CDU-Ortsverband Bernauer Straße veranstaltete daraufhin im Mai unter dem Motto „Hurra, die Touristen kommen?!“ eine Diskussion mit dem Wirtschaftsstadtrat von Mitte, Carsten Spallek (CDU) und einem Vertreter der Berlin Tourismus Marketing GmbH, Gerhard Buchholz.

Herr Buchholz wies darauf hin, dass der Tourismus seit 2008 der größte Wirtschaftsfaktor der Stadt ist. D. h. viele Ausgaben unserer verschuldeten Stadt, sei es im Sozial- oder Kulturbereich, leben wesentlich von den Einnahmen durch den Tourismus.

Auch wenn im Einzelfall der stark steigende Tourismus zu Problemen führen kann, wie nächtlicher Lärm, Müll und Verdrängungsdruck durch Ferienwohnungen, kann man nicht pauschal „die Touristen“ dafür verantwortlich machen, sondern eher die Politik des rot-roten Senats, der sich, wie bei vielen anderen Problemen der Bürger, auch dieser Problematik kaum angenommen hat.

Andererseits wurde beispielsweise auf der Admiralsbrücke schon immer gefeiert und zwar überwiegend von den Kreuzbergern selbst. Daneben aber auch von Steglitz-

zern oder anderen Berlinern, Brandenburgern und, ja, auch von Touristen.

Mit unbekannter Quelle kursierten kurz nach der Veranstaltung der Grünen Aufkleber „Berlin (durchgestrichenes Herz) U“, will sagen „Berlin liebt Euch nicht“. Diese Aufkleber haben bereits Echos in internationalen Zeitungen wie der New York Times gefunden und sind geeignet, das positive Image, das Berlin - und damit Deutschland – spätestens seit der WM 2006 international genießt, zu beschädigen. Und auch bei der Lösung von Wachstumsproblemen im Tourismus ist diese grün-alternative Variante zu „Ausländer raus“ wenig hilfreich.

Dass die von den Kreuzberger Grünen ausgestreute Saat schon aufzugehen beginnt, zeigt sich anhand dieser Meldung in der Berliner Zeitung vom 20. Juni: „Gegen 3.50 Uhr attackierten drei Männer im Alter von 18 und 19 Jahren drei französische Touristen im U-Bahnhof Kottbusser Tor.“ Solchen Entwicklungen darf Berlin nicht tatenlos zusehen!



Fünf Jahre ohne Konzept

Das Last-Minute „Integrationsprogramm“ des Bezirksbürgermeisters

Es gibt Texte, denen sieht man schon bei kurzem Überfliegen an, unter welchen Bedingungen sie zustande gekommen sind. Der Text, welcher der BVV als sogenanntes „Integrationsprogramm“ vom SPD-Bezirksbürgermeister Dr. Hanke kurz vor Ende seiner Amtszeit noch schnell vorgelegt wurde, ist beredtes Beispiel dafür. Er ist unter größter Eile verfasst, um die Versäumnisse in der bezirklichen Integrationspolitik vor dem Wahlkampf noch zu kaschieren.

Auslöser für die hektische Betriebsamkeit des Bezirksbürgermeisters war augenscheinlich eine Anfrage der CDU-Fraktion vom September 2010, in der nach dem Umsetzungsstand des 2006 vom Bezirksbürgermeister angekündigten bezirklichen Integrationskonzeptes und des Berliner Integrationsprogrammes von 2007 gefragt wurde. Diese Anfrage blieb, auch das ist typisch und bezeichnend für den SPD-Bezirksbürgermeister, 10 Monate (!) unbeantwortet. Genau so, wie ein ausgere-



ner Versuch, kurz vor Toreschluss, liest sich dieses sogenannte „Integrationsprogramm.“ Allein die Ansammlung von Wohlfühlwörtern in seinem Titel „Förderung von Kommunikation, Respekt, Partizipation und Gleichbehandlung“ lässt Schlimmes erahnen. Das Weiterlesen zeigt, dass das Programm tatsächlich nichts weiter ist, als ein unkoordiniertes Sammelsurium von Allgemeinplätzen aus der Rot-Rot-Grünen Multikultimottenkiste. Das Programm negiert vollkommen die tiefgreifenden gesellschaftlichen Debatten der letzten zwei Jahre, welche die Sicht auf Integration zum

Glück entscheidend geändert haben. Das gilt im Großen für das Land nach der Sarrazin-Debatte und das gilt auch im Kleinen für diesen Bezirk, der mit seiner fehlerhaften Integrationspolitik in der Amtszeit des Bezirksbürgermeisters bundesweit für Schlagzeilen gesorgt hat. Mit nichts davon wird sich detailliert auseinandergesetzt, geschweige denn werden innovative Lösungsansätze

für die in der Debatte aufgeworfenen Hauptprobleme aufgezeigt. Auch wer einen „Roten Faden“ oder irgendeine konzeptionelle Struktur erwartet, die das Wort Programm überhaupt rechtfertigen würde, wird bitter enttäuscht.

Letztlich offenbart sich in diesem sogenannten „Integrationsprogramm“ und seiner Entstehungsgeschichte der gesamte Charakter der Nichtleistung des Bezirksbürgermeisters in der Integrationspolitik.

Noch fünf Jahre einer solchen „Integrationspolitik“ von 2011 bis 2016 wäre ein Horrorszenario für den Bezirk Mitte!





allprintmedia

Blomberger Weg 6a
13437 Berlin



Media

Ihre Daten sind bei
uns in guten Händen

Gestaltung

Wir realisieren Ihre Ideen

PrePress

Eine gute Druckerei hat immer
eine perfekte Vorstufe

Offsetdruck

Noch immer ein Garant für Qualität

Digitaldruck

Jedes Exemplar ein Einzelstück

Postpress

Hier erhält Ihr Produkt das edle Outfit

Mail

Der direkte Weg zu Ihren Kunden

Logistik

Nach dem Druck ist noch
lange nicht Schluß

T_030_747 348_0
F_030_747 348_19
ISDN_030_666 327_30 Mac/PC

www.allprint-media.de
info@allprint-media.de



Qualitätsmanagement
zertifiziert nach DIN ISO 9001

Wie die St.-Hedwigskathedrale entstand



© Paul Raven

Einmal war Friedrich der Große in seinen jüngeren Jahren sehr misstrauisch ins Berliner Schloss (dass uns als „Humboldtforum“ bald wieder ersetzt) gekommen.

Er hatte eines Morgens einen eiligen Gang durch die Burgstrasse vorgehabt.

Aber auf halbem Wege war ihm ein wütender Bulle entgegengesprungen, den das Rot auf seiner Uniform wild gemacht hatte. Dem König war nichts weiter übriggeblieben, als der gefährlichen Übermacht zu weichen.

Da sprang der verfolgte König auf eine Steintreppe vor dem Haus Nr. 15 und wartete dort zornig ab, bis er

aus seiner unfreiwilligen Gefangenschaft

erlöst war und der Bulle vorbeirannte ...

Als er dann ins Schloss zurückgekehrt war, erwartete ihn dort bereits eine Abordnung katholischer Bürger, die in Berlin gerne eine große Kirche zu haben wünschten, was ihnen der König versprochen hatte. Der König nahm erst sein Frühstück ein. Darauf traten die Männer ein. Er hörte sie still an und versprach die Gewährung ihres Wunsches.

Sie wollten indes auch wissen, wie die Kirche wohl aussehen würde.

„So soll sie aussehen!“ sagte Friedrich und kehrte seine gerate-

de geleerte Kaffeetasse dabei um. Mit dieser Botschaft kehrte die Abordnung heim und der Baumeister führte tatsächlich die Kirche so aus, wie es der König angeordnet hatte.

Doch dies ist in Wirklichkeit nur eine volkstümliche und beliebte Sage.

Die Wirklichkeit war, dass Friedrich der Große den aus der Antike stammenden Rundbau des Pantheon in Rom sehr schätzte und viele Bauten in Berlin und Potsdam das Pantheon zum Vorbild hatten, so auch unsere St.-Hedwigskathedrale (die die erste katholische Kirche Berlins seit der Reformation war und am Allenheiligentag, den 1. November 1773, nach langer, von Unterbrechungen begleiteter Bauzeit, geweiht wurde) und auch deren „kleiner Ableger“ die Französische Kirche in Potsdam.



© Wolf Rabe



Wir machen zexy.



Hard, medium, soft – wir setzen Potenziale in den Fokus und bringen den Absatz in seinen Zenit. Am Ende zählt immer, was zählbar ist.

Bei der zielgruppe kreativ sind Sie in sicheren Händen.

Im Team produzieren sich professionelle, erfahrene Marketingstrategen und Kommunikationshandwerker. Interdisziplinäre Leichtigkeit basiert auf souveräner Kenntnis von klassischen Denk- und Verhaltensmodellen.

Unser Credo: **Inspiration, Kreation, Perfektion.**

Alles andere ist selbstverständlich.

Union vor Ort – sprechen Sie uns an

13.08.2011, 12.30 Uhr: Gedenkveranstaltung zum 50. Jahrestag des Mauerbaus 1961 mit Spitzenkandidat Frank Henkel und CDU Generalsekretär Herrmann Gröhe, Platz des 18. März am Brandenburger Tor

14.08.2011, 15.00 Uhr: Sommerfest der CDU Berlin in der ALEX-Oase, Alexanderplatz 7, 10178 Berlin

27.8.2011, ab 16.00 Uhr: Moabiter Hof-Fest mit Volker Liepelt und vielen weiteren Kandidaten der CDU Mitte, Wiclfstr. 2

Die Kandidaten vor Ort

Carsten Spallek – Bezirksbürgermeisterkandidat

aktuelle Termine finden Sie unter www.carsten-spallek.de

Dr. Ira Rückert – Wahlkreis 1

aktuelle Termine finden Sie unter www.ira-rueckert.de

Dominique Vollmar – Wahlkreis 2

18.08.2011, 19.00 Uhr: Sommerfest im Brauhaus Lemke, Dircksenstr. 143, 10178 Berlin

19.08.2011, 15.00 Uhr: Bürgergespräche in den Spittelkolonnaden, Leipziger Str. 47 in 10117 Berlin

Weitere Termine unter www.dominique-vollmar.de

Frank Henkel – Wahlkreis 3

24.08.2011, 18.00 Uhr: Bürgersprechstunde im Neretva-Grill, Jagowstr. 6–7

15.09.2011, 18.00 Uhr: Bürgersprechstunde im Neretva-Grill, Jagowstr. 6–7

Weitere Termine unter www.frankhenkel-cdu.de

Volker Liepelt – Wahlkreis 4

15.08.2011, 16.00 Uhr: Bürgersprechstunde im Café Zina, Waldenser Str./Ecke Oldenburger Str.44

24.08.2011, 18.00 Uhr: Bürgersprechstunde im Stadtteilverein „BürSte“, Stephanstr. 43

Weitere Termine unter www.volker-liepelt.de

Sven Rissmann – Wahlkreis 5

20.08.2011, 12.00 Uhr: Bürgersprechstunde im Mercatino, Müllerstraße 118, 13349 Berlin

27.08.2011, 12.00 Uhr: Bürgersprechstunde im Mercatino, Müllerstraße 118, 13349 Berlin

Weitere Termine unter www.sven-rissmann.de

Kerstin Neumann – Wahlkreis 6

21.08.2011, 10.30 Uhr: Predigtgottesdienst und Gespr. in der Ev. Freikirchliche Gemeinde, Buttmannstr. 10

24.08.2011, 19.00 Uhr: Bürgersprechst. und Billiardturnier, Bierbrunnen an der Plume, Behmstr. 3

Weitere Termine unter www.kerstinneumann.de



Darüber hinaus finden zahlreiche Infostände statt. Deren jeweiligen genauen Standort können Sie unserer Internetseite www.cdumitte.de entnehmen.